



Hamburg, 22. Mai 2019

Schulentwicklungsplan Der Zeitrahmen für Rückmeldungen ist ein Unding

Monatelang hat Schulsenator Rabe sich Zeit gelassen, einen Entwurf für einen neuen Schulentwicklungsplan vorzulegen, obwohl die wachsenden Schülerzahlen längst bekannt waren. Und nun soll alles Ruckzuck gehen. **Anna Ammonn**, Vorsitzende des Verbandes der Schulen des gemeinsamen Lernens (GGG): *„Zur Beratung eines Milliardenprojektes mit massivsten Weichenstellungen für die Bildungsentwicklung in Hamburg, für Standorte und Größen der Schulen, für die Schulstruktur und mit Auswirkungen auf die gewachsenen Schullandschaften gewährt der Senator den Schulen vier Wochen Zeit. Dafür leuchtet uns nur eine Begründung ein: Lange wollte er die Schulentwicklung nach Gutsherrenart planen, das war jetzt aufgrund des öffentlichen Drucks nicht mehr möglich. Eine angemessene Beratungszeit und eine entsprechende öffentliche Diskussion fiel aber in die heiße Phase des Wahlkampfes, das will der Senator wohl unter allen Umständen vermeiden, deshalb diese Farce.“*

Die vorgesehene Zeit für die Schulen fällt in der hektischen Zeit der Zeugnis Konferenzen, des Abschlusses des alten und der Planung des neuen Schuljahres. Kreislertern- und Schülerräte haben gerade mal etwa eine Woche mehr Zeit.

In dieser Zeit sollen auch „individuelle Lösungen für regionale Besonderheiten“ gefunden werden (so SEPL, S. 6).

Es liegen aber weder brauchbare regionale Schülerzahl-Entwicklungen noch Zeitpläne für die einzelnen baulichen Maßnahmen vor.

Anna Ammonn: *„Höchst befremdlich ist auch, dass ein Instrument für die regionale Bildungsplanung ungenutzt bleibt, das Anfang dieses Jahrzehnts mit einem gewaltigen finanziellen und personellen Aufwand geschaffen wurde: die Regionalen Bildungskonferenzen. Sie fanden ihren gesetzlichen Niederschlag dann im Hamburgischen Schulgesetz.“*

In §86 HmbSG heißt es: „Um ein an den Bedürfnissen der Familien ausgerichtetes

schulisches Bildungs- und Erziehungsangebot in der Region sicherzustellen, werden regionale Bildungskonferenzen gebildet. ... An regionalen Bildungskonferenzen nehmen die staatlichen allgemein bildenden Schulen und deren Schulaufsichtsbeamten sowie die Kreiselternräte und Kreisschülerräte teil. ... Alle staatlichen Schulen sind zur Kooperation hinsichtlich eines vielfältigen Bildungsangebotes in der Region gehalten. ... “

Anna Ammon: *„Die GGG fordert den Schulsenator dringend auf, genügend Zeit zur gründlichen Beratung dieser großen Zukunftsaufgabe zu gewähren. Dazu sind die regionalen Bildungskonferenzen zu beleben. Wann, wenn nicht jetzt, werden sie mehr gebraucht?“*

Anna Ammon

0049 173 94 600 10

anna.ammonn@gmx.de